



## Ortsbeirat Schenkendorf-Krummensee

Info zum Thema Ortsteilbezeichnung ( „gerade für noch nicht Einheimische“)

Sehr geehrte MitbürgerInnen,

der Ortsbeirat hatte sich zum Ziel gesetzt, die diskriminierende Bezeichnung „bewohnter Gemeindeteil“ (GT für Krummensee) auf Grund der gleich großen Ortsteile zu verändern. Mit der Gemeindegebietsreform 2003 ist die Gemeinde Schenkendorf mit Ihrem Ortsteil Krummensee in die Stadt Mittenwalde eingemeindet worden. Und da es keine Vereinbarungen gab (die bei klagenden Gemeinden gegen die Reform nicht getroffen wurden), sind die ehemaligen Ortsteile zu Gemeindeteilen geworden. Dieses hat viele alte Krummenseer doch betroffen gemacht. Sie hatten doch schon in den 50er Jahren ihre Eigenständigkeit verloren. Wodurch sich ein lang andauernder Konflikt der Befindlichkeiten zwischen Schenkendorf und Krummensee gebildet hat. 1990 wurden die DDR-Strukturen in BRD-Form gebracht, die der Einigungsvertrag mit sich brachte. Was nicht bedacht wurde ist, dass im Osten die Fehler der westlichen Strukturreformen übernommen wurden und wir uns auf den nicht notwendigen Weg (nach westlichen Stand der Gebietsreformen) begeben haben. 1972 hat es schon zu DDR-Zeiten den Versuch gegeben, Schenkendorf in die Stadt Königs Wusterhausen einzugemeinden. Das ehemalige Gemeindegebiet von der Blindenschule bis zum Bahnübergang in Zeesen (heute Netto) gehörte zu Schenkendorf und wurde auf Ministerratsbeschluss dem heutigen Gemeindegebiet angepasst. Das war der Preis für die Eigenständigkeit, die Deutsch Wusterhausen verloren hat.

Das war auch der Grund, dass man sich 1992 entschieden hat, eine Ämterstruktur mit der Stadt Mittenwalde zu bilden, um nicht vom übergroßen Partner KW (20000 Einwohner) vereinnahmt zu werden. Auch wenn mehr Gemeinsamkeiten mit KW auf Grund der bisherigen Arbeits- und Einkaufsgewohnheiten bestanden. Im Amt Mittenwalde waren wir eine (800 Einwohner) von 7 kleinen Gemeinden mit der Stadt Mittenwalde (1700 Einwohner). Hätte man uns gesagt, dass dieses Amt nur 10 Jahre bestehen würde, hätten wir uns anders entschieden! Seit dem kämpfen wir für eine Integration auf Augenhöhe mit der Stadt und gegen die Ansicht des Bürgermeisters (Uwe Pfeiffer) zu einem Gemeinschaftsgefühl für die neue Stadt Mittenwalde. Ein Zeichen unsererseits war die Verwendung des Stadtwappens mit der Überschrift Mittenwalde und dem seitlich deutlich kleiner geschriebenen Schriftzug Schenkendorf-Krummensee. Der von uns eingereichte Antrag wurde von der Verwaltung, an das Land Brandenburg weitergeleitet und ein Heraldiker hatte bedenken dazu, so dass die Stadtverordneten dieses grundsätzlich auch nicht wollten und der Antrag bis auf weiteres zurückgezogen wurde.

Wir werden auf politischer Gemeindeebene dieses trotzdem weiter verwenden und über den Heimatverein ein eigenes Wappen für Schenkendorf-Krummensee entwerfen. Der Ortsbeirat wandte sich im Oktober 2009 an die Stadtverordnetenversammlung im offiziellen Sprachgebrauch (wenn der Ortsteil Schenkendorf mit seinem bewohnten Gemeindeteil, GT Krummensee gemeint ist) von Schenkendorf-Krummensee zu reden.

Der Bürgermeister lehnte unser Ansinnen ab, mit der Begründung, dass wir keine Anträge stellen dürfen. Was nicht richtig ist! Unabhängig davon wurde der Antrag gemäß Hauptsatzung von zwei Abgeordneten gestellte Antrag gestellt.

Wir wollten, dass Schenkendorf-Krummensee die offizielle Bezeichnung ist, die Ortseingangsschilder unverändert bleiben und im Meldewesen mit Ablauf der Gültigkeit der neue Sachstand eingetragen wird. Der Beschluss wurde gefasst und vom Bürgermeister beanstandet. Auf Nachfrage bei der Kommunalaufsicht hat sich ergeben, dass dieses derzeit so nicht umsetzbar ist, was durch die Verwaltung schon bei Beschlussfassung geklärt hätte werden können. Wenn der Beschluss so gefasst wäre, hätte der Ortsteilname auf allen Schildern in Schenkendorf-Krummensee geändert werden müssen und dieses auch innerhalb der gesetzliche Pflicht im Meldewesen (Ausweis, Pass , Fahrerlaubnis und Anschriften) geändert werden müssen. Wir hätten erwartet, dass die Verwaltung unseren Antrag im Vorfeld rechtlich prüft, bevor der Antrag auf die Tagesordnung kommt! Wir werden uns deshalb selber an das Innenministerium wenden, um über diese besondere Situation nach einer Lösung zu suchen.

Ich würde mich auch über Ihre Meinung freuen, ob wir das zu eng sehen!

Mit freundlichen Grüßen,

gez.

Lutz Krause

Ortsvorsteher